

## Haushaltsrede der SPD-Stadtratsfraktion zum Haushalt 2010 (Stand:24.02.2010)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte und in erfreulicher Anzahl erschienene Zuhörer, meine Damen und Herren,

Die Zeiten haben sich geändert, es gibt andere Mehrheiten in diesem Rat und auch die Debatte über den vom Bürgermeister eingebrachten Haushalt verläuft in anderen Bahnen. Wir Sozialdemokraten dürfen als stärkste Fraktion im Bündnis den Reigen der Redner eröffnen, die CDU wird dieses Jahr auf eigenem Wunsch den Schluss bilden.

Aber es gibt noch mehr Veränderungen im Ablauf der Haushaltsdebatte; denn in diesem Jahr steht zumindest für uns Sozialdemokraten der Haushaltsentwurf des Bürgermeisters nicht allein im Focus. Der Grund ist einfach: Wir Kommunalpolitiker sind in unseren Entscheidungen derart durch das Hineinregieren von Berlin und Düsseldorf in die Städte und Gemeinden eingeschränkt, dass das Aufstellen eines Haushaltes, ausgerichtet an unseren Bedürfnissen und Wünschen, nicht möglich ist. Wir können nur reagieren, aber kaum noch agieren.

Warum, werden Sie fragen. Blicken wir doch auf den Bund und das Land:

Der Bund hat in seiner unergründlichen Weisheit ein Wachstumbeschleunigungsgesetz beschlossen, das nur eines beschleunigt: die Schulden der Länder, Städte und Gemeinden. Für die Segnungen dieses Gesetzes, allem voran natürlich das Fummeln an der Mehrwertsteuer in einem ganz speziellen Falle, müssen wir, die Länder und Gemeinden bezahlen, die Kommunen bundesweit allein 1,6 Milliarden €! Früher hieß es einmal, wer die Musik bestellt, muss zahlen. Dieser Grundsatz gilt heute nicht mehr und lässt uns Sozialdemokraten an der Seriosität dieser Regierung zweifeln.

Was ist mit dem Solidarpakt Ost? Wir zahlen jetzt 20 Jahre nach der Vereinigung immer noch in diese Kasse. Dafür haben sich die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen verschulden müssen, Dresden aber zum Beispiel ist schuldenfrei. Wir in Geilenkirchen sind in diesem Jahr mit 720.000 € dabei. Zudem hat das Land bei der Aufteilung der Lasten des Solidaritätspaktes den Kommunen ca. 1 Milliarde vorenthalten und musste dafür bereits eine Niederlage vor dem Verfassungsgericht in Münster einstecken. Ist das auch noch Solidarität? Wir fordern, dass die Fördermittel nach Bedürftigkeit und nicht nach Himmelsrichtung verteilt werden.

Dann die Länder: Auch Düsseldorf stöhnt über die neuen Belastungen. Warum sagt aber Rüttgers dann nicht nein zu diesem Gesetz? Er hätte es mit seiner Stimme im Bundesrat stoppen können. 2 Milliarden fehlen in Düsseldorf im Steuersack und damit auch uns Kommunen aufgrund dieses Gesetzes. Und sie fehlen uns, die wir auf die Schlüsselzuweisungen des Landes angewiesen sind. Dabei braucht Rüttgers das Geld. Hat doch die Regierung in Düsseldorf gerade wieder für 2009 ein Defizit der West-LB von 300 Millionen in 2009 zu beklagen. Ich habe immer noch die Empörung der CDU im Ohr, als die Sozialdemokraten für unser Land sorgten: „Sozialdemokraten können nicht mit Geld umgehen“. Da hat die CDU aber viel von uns gelernt! Dabei muss ich daran erinnern, dass dieses Defizit von den Sparkassen mit ausgeglichen werden muss. Das heißt für uns: Von unserer Kreissparkasse haben wir vorläufig wohl kaum ein Gewerbesteueraufkommen zu erwarten.

Und wenn Bund und Land meinen, kräftig in unsere Kassen hineingreifen zu können, will auch der Kreis nicht abseits stehen. Statt auf die reichlich angehäufte Ausgleichsrücklage von 23 Mill € zurück zu greifen, wollte er entsprechend zum Ausgleich seines Haushaltes die Kreisumlage erhöhen, also alle Gemeinden und Städte des Kreises zur Kasse bitten. Da hat der liebe Herr Landrat aber nicht mit dem Widerstand seiner eigenen Parteifreunde gerechnet. Die haben ihn wieder ein wenig auf die Pfade der Tugend gebracht. Der Landrat spendiert 3 „Milliönchen“ und verspricht etwas nebulös weitere 2 Millionen Einsparung, sagt aber nicht, wo und wie. Den Bürgermeistern gebührt unser Dank. In dem Zusammenhang sei erwähnt, dass 2013 wahrscheinlich beinahe alle Kommunen im Kreis über keine Ausgleichsrücklage mehr verfügen werden, nur noch unser Kreis und die Stadt Geilenkirchen!

Und damit komme ich auch zu unserer Stadt. Wenn man einen neuen Haushalt aufstellt, macht man normalerweise erst einmal einen Kassensturz. Mit anderen Worten: wie sah der Haushalt im letzten Jahr aus, was wollten wir erreichen, was ist tatsächlich eingetreten?

Beginnen wir zuerst mit den Dingen, die uns heute erheblich belasten:

1. Ich muss, ob Sie es bei der CDU hören wollen oder nicht, auf die von uns heftig kritisierte und unbegreifliche Herabsetzung des Hebesatzes der Gewerbesteuer, ohne Not und Nutzen, wieder eingehen. Der Steuerausfall in drei Jahren: 1 Mill €, ohne einen wesentlichen Zuwachs an Gewerbe verzeichnen zu können! Der groß angekündigte Effekt ist wohl irgendwo auf der Strecke geblieben.

2. Sie haben den Baubeginn der von uns allen gewollten Sanierung der Innenstadt bewusst hinausgezögert, weil Sie damit zur Kommunalwahl glänzen wollten. Dieser Schuss ging nicht nur was die Kommunalwahl angeht nach hinten los, nein: die Bauarbeiten verschoben sich in den Winter hinein und

werden wegen des mehr als ungünstigen Wetters, das einen Abschluss verhindert, zusätzlich 500.000 € Mehrkosten verschlingen.

3. Die gedankenlose Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturprogramm II. Dieses Programm, von der SPD angestoßen und von der großen Koalition in Berlin beschlossen, sollte Arbeit und Beschäftigung in die Kommunen bringen. Was passierte in Geilenkirchen?

- Sportstätten, wie eine Tartanbahn oder Kunstrasenplätze, wurden nicht berücksichtigt. Wie es geht, hat uns Übach-Palenberg vorgemacht,

-Die energetische Aufrüstung der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule (A-L-G) wurde nicht im Konjunkturprogramm (KP) II berücksichtigt. „Das wird über das KP I erledigt“, hieß es. Pustekuchen, Antrag abgelehnt. Die Mittel des KP II waren nach den Schülerzahlen zu verteilen. Der A-L-G hätten so 350.000 € zugestanden, die der Stadt verloren gegangen sind.

Summa summarum fast 2 Millionen, die uns nun fehlen und die uns nicht in die Gefahr gebracht hätten, in die Genehmigungsfalle zu geraten.

-Auf dem Plan stand auch noch: Weiterentwicklung des Wurmauenparks. Davon ist leider nichts mehr zu hören, obgleich dafür nach unserer Kenntnis noch mindestens 100.000 € zur Verfügung stehen. Der Wurmauenpark liegt uns Sozialdemokraten besonders am Herzen. Er ist wunderschön, wird aber von der Bevölkerung nicht angenommen. Dieses wird uns noch einmal deutlich bestätigt durch die Sozialraumanalyse der Frau Fröschen im Auftrag der Stadt. Zu weit weg und fehlende Anziehungspunkte/Attraktionen. Wir fordern deshalb, dass als erster Schritt im Wurmauenpark ein Kiosk mit angeschlossener Toilette errichtet wird. Die noch vorhandenen 100.000 € sind ein guter Grundstock für diese Maßnahme. Für die Zukunft allerdings wünschen wir uns eine ordentliche Restauration.

Diese Aufstellung macht, so glaube ich, auch deutlich, warum der Wähler im letzten Jahr die Nase voll hatte, auch von absoluten Mehrheiten, und nicht mehr nur von Mitgliedern eines ganz bestimmten Kegelklubs regiert werden wollte.

Damit sind wir bei den Zahlen angekommen.

Die Stadt besaß im letzten Jahr ein Eigenkapital von knapp 109 Mill €. Aufgrund eines Haushaltsdefizits von 4,6 Mill € in 2009 schrumpfte dieses Eigenkapital auf 104 Mill €. In diesem Jahr geht es uns nicht besser. Uns fehlen 5,5 Mill € an einem ausgeglichenen Haushalt. Wo liegen die Gründe? Vorrangig natürlich in den Einnahmeausfällen aufgrund der schlechten Wirtschaftslage. So fehlen der Stadt bei dem Einnahmeanteil an der Einkommensteuer ca. 1,8 Mill € im Vergleich zur Steuerschätzung. Und diese Steuerschätzung war auch schon

sehr zurückhaltend zum Ansatz gebracht, wie es die Art unseres Kämmerers, Herr Gemünd, ist. An dieser Stelle, Herr Gemünd, vielen Dank für Ihre überzeugende Arbeit. Weiter fehlen uns bei der Schlüsselzuweisung 700.000 €. Dazu die von mir bereits erwähnten Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer führen insgesamt zu einem Einnahmeausfall von fast 3,5 Mill €.

Dazu kommen die stark gestiegenen Kosten im Jugend- und Sozialbereich. Der Gesamtkostenbereich liegt in NRW bei über 8,5 Milliarden €, und diese Kosten steigen jedes Jahr im zweistelligen Prozentbereich. „Sozialkosten knebeln die Städte immer mehr“, hat die Städtetagspräsidentin Roth (CDU) festgestellt. Hier muss den Kommunen geholfen werden, denn Sozialleistungen sind keine kommunalen, sondern gesamtwirtschaftliche Aufgaben! Da können sich Bund und Land nicht ausklinken. Nicht ohne Grund müssen nun in diesem Jahr 70 Kommunen von 396 in NRW ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen. Ein derartiges Haushaltssicherungskonzept bedeutet, dass die Kommunen keinen eigenen finanziellen Spielraum mehr haben. Bei der Festsetzung der Grundsteuer oder der Gewerbesteuer entscheidet der Regierungspräsident, nicht der Stadtrat. Freiwillige Leistungen wie Zuschüsse an die Vereine, wie zum Beispiel kostenlose Hallennutzung, finden nicht mehr statt. Ein unhaltbarer Zustand, der klar im Widerspruch zum Grundgesetz steht. Dort heißt es in Art. 28: „Die Gewährung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortlichkeit...“

Diese von uns nicht zu vertretende trübe Ausgangslage darf Geilenkirchen aber nicht davon abhalten, weiter in die Zukunft zu investieren. Wir müssen der Gefahr begegnen, im Kreis „abgehängt“ zu werden. So können wir mit Stolz auf die geplanten Investitionen für unsere Schulen und dem Schwimmbad verweisen: 4 Mill €. Sie dienen der energetischen Ertüchtigung und Erweiterung dieser Infrastruktur, mit der die Folgekosten im Energiebereich deutlich gesenkt werden können. Ein neuer Kindergarten ist im Bau, die Kindergärten in Immendorf und Teveren werden erweitert, um zukünftig die Unterbringung von „U3“ (Kleinkinder unter 3 Jahren) zu ermöglichen. Mittelansatz ca. 1,5 Mill €.

Wir werden konsequent die Innenstadtsanierung fortführen (1,5 Mill €), dabei aber den gebeutelten Gewerbetreibenden eine Atempause gönnen. Auch werden wir uns weiter um neue Baugebiete bemühen (mehr als 2 Mill €), die allerdings attraktiver sein sollten als in Gillrath, wo es Mühe macht, die vorhandenen Grundstücke an den Mann oder die Frau zu bringen.

Bürgermeister Fiedler streicht immer wieder die herausgehobene Bedeutung der Wirtschaftsförderung heraus. Er hat bereits klare Zeichen im personellen Bereich gesetzt. Dabei ist ihm der Rat in erfreulich einstimmiger Weise gefolgt. Zur Wirtschaftsförderung gehört natürlich im besonderen Maße die Zukunft von Alt-Extra. Wir begrüßen es, dass der Bürgermeister das Bemühen um ein neues Einkaufszentrum zur Chefsache gemacht hat- eine deutliche Veränderung zur

Vergangenheit, wo man die Grundstücksverhandlungen des früheren Investors als „Privatsache“ deklarierte.

Obenan auf der Wunschliste der SPD steht bereits seit der Kommunalwahl 2004 ein BürgerInformationsCenter. Die räumliche Situation im Rathaus hat sich zwischenzeitlich durch den Aufbau eines stadteigenen Jugendamtes zwar verschlechtert. Dennoch haben wir dieses Ziel nicht aus den Augen verloren und finden ein offenes Ohr beim Bürgermeister. Der Wille ist da, und wir rechnen noch in diesem Jahr mit einer Realisierung.

Ein weiterer Schwerpunkt auf unserer Wunschliste für unsere Stadt sind die Begegnungsstätten in den Ortsteilen. An allererster Stelle steht natürlich der Wunsch nach einer neuen, großzügigen Stadthalle, einem kulturellen Zentrum. Bei der von mir geschilderten Kassenlage der Stadt wird sicher allen deutlich, dass daran in der nächsten Zeit, allein aus städtischen Mitteln finanziert, nicht zu denken ist. Wir dürfen aber auch die Ortsteile nicht aus den Augen verlieren. Und da sind wir auf einem guten Weg. Hervorzuheben ist die geplante Bürgerhalle in Würm. Hier ist die Stadt bereit, aufgrund des großen Engagements des Fördervereins in Würm und dem Vertrauen auf die Verlässlichkeit der Würmer Bürger, die Eigenleistungen in Höhe von 400.000 € bereit sind zu leisten, 300.000 € aus Haushaltsmitteln zu investieren. Die Halle wird sicher als Zeichen des Bürgerengagements Vorzeigecharakter haben. In Tripsrath bietet es sich an, neue Räumlichkeiten in der alten Schule, die im Rahmen der Renovierung der Schule neu entstehen, den Vereinen zur Verfügung zu stellen. In Süggerath ist es an der Zeit, auch über die alte Schule zu sprechen. Die Schule hat noch eine uralte Heizung, deren Energieverbrauch so nicht weiter hingenommen werden kann. Eine Renovierung muss hier Abhilfe schaffen und den Vereinen neue Möglichkeiten eröffnen. Letztlich liegt noch ein Antrag aus Immendorf vor, den wir in der Fraktion leider noch nicht gesehen haben und deshalb über die mögliche Realisierung hier und heute noch keine Aussage treffen können.

Neben diesen Begegnungsstätten ist es sicher auch erforderlich, einen Blick auf die Sportstätten der Stadt zu werfen. Wir haben keine ordentliche Laufbahn für den Schul- und Breitensport, den Vereinen schwebt der Bau von Kunstrasenplätzen vor. Wo und wie viel? Das alles hat meine Fraktion zum Anlass genommen, eine Bestandsaufnahme aller Sportstätten zu beantragen, um uns einen Überblick über die sportliche Not in dieser Stadt zu verschaffen. Diese Bestandsaufnahme wird uns, so ist es von uns beantragt und alle Fraktionen sind diesem Antrag gefolgt, im nächsten Monat im Sport- und Kulturausschuss vorgelegt werden. Hoffentlich wird es keine böse Überraschung! Denn größere Investitionen wie Tartanbahnen oder Kunstrasenplätze scheinen nach unserer Einschätzung aus Haushaltssicht derzeit nicht umsetzbar. Dass wir die Sportvereine unterstützen wollen, haben wir mit dem städtischen Zuschuss für die neuen Räumlichkeiten des Germania Teveren bewiesen.

Ein Wort zu den städtischen Abgaben: Auch wir sind nicht immer glücklich über die Gebühren, die wir für Dienstleistungen der Stadt oder durch die Stadt festlegen müssen. Ich erinnere die Kritiker allerdings daran, dass es uns vorgegeben ist, die Gebühren so festzusetzen, dass alle anfallenden Kosten gedeckt werden. Man kann sich über das „wie“ streiten. Das gilt besonders für die Abfallgebühren. Wir haben uns von der Stadt überzeugen lassen, dass in Geilenkirchen trotz der Abrechnung nach Gewicht nicht mehr „Wilder Müll“ anfällt als in Nachbargemeinden. Dennoch lässt es uns keine Ruhe, dass es ca. 600 Haushalte gibt mit 0 kg Restmüll im Jahr. Das will uns nicht in den Kopf. Ein Weg ist sicher, so eine Anregung, die wir erhalten haben, die Grundgebühr erheblich zu erhöhen und im gleichen Maße den kg-Preis zu senken, so dass für den Durchschnittsverbraucher eine Gebührensenkung in Aussicht gestellt werden kann.

Ich glaube, ich brauche an dieser Stelle nicht zu betonen, dass wir mit diesem neuen Bürgermeister und mit seiner Verwaltung mehr als zufrieden sind. Hier hat sich ein hervorragendes Team zusammengefunden. Und Bürgermeister Fiedler hat bereits nach seiner erst kurzen Amtszeit Zeichen für Veränderungen gesetzt. Ihre Sorge, ja, auch Ihre Häme, mit der Sie, Herr Wolff, hier an dieser Stelle im letzten Jahr über den Kandidaten Fiedler hergezogen sind, entbehrt jeder Grundlage. Ich habe mir die entsprechenden Passagen Ihrer „Wahlkampf/Haushaltsrede“ noch einmal ausgedruckt und gehe davon aus, dass Sie sich darauf auch noch einlassen werden. Sonst muss ich mich anschließend noch einmal zu Wort melden.

Als Abschluss ein kleines Rätsel:

Aus welchem Jahr, glauben Sie, stammt das folgende Zitat?

„Der Staat soll sich nicht stärken wollen, indem er den Kommunen etwas wegnimmt, Geld oder Befugnisse, indem er ihnen dauernd etwas vorschreibt, selbst wenn es, isoliert betrachtet, gute Dinge sind. Nein, der Staat soll und muss wissen: Auch er selbst wird nur stark durch starke Kommunen“.

**(Frhr vom und zu Stein, 1809)**

In 200 Jahren scheint sich nichts geändert zu haben.

Dass wir diesem Haushaltsentwurf zustimmen, brauche ich wohl nicht mehr besonders hervor zu heben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.